

Information zur Datenerhebung

(Datenschutzinformation)

Amt 31 - Umwelt und Arbeitsschutz

Sachgebiet 316 - Gewerbeaufsicht und technischer Immissionsschutz – Untere Arbeitsschutzbehörde

Behörde

Landratsamt Zollernalbkreis

Hirschbergstraße 29

72336 Balingen

Verantwortlicher nach Art. 4 Nr. 7 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Landrat Günther-Martin Pauli

Hirschbergstraße 29

72336 Balingen

Email: post@zollernalbkreis.de

Behördlicher Datenschutzbeauftragter

Walter Stocker

Hirschbergstraße 29

72336 Balingen

Email: datenschutzbeauftragter@zollernalbkreis.de

Zwecke der Datenverarbeitung

Eine Datenverarbeitung erfolgt im Rahmen von Verfahren der Rechtsgebiete:

- Arbeitsschutzrecht,
- Immissionsschutzrecht.

Wir verarbeiten personenbezogene Daten insbesondere

- zur Durchführung von Antrags-, Genehmigungs- und Anzeigeverfahren nach Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG),
- zur Erteilung, Überwachung und Kontrolle gewerberechtlicher Erlaubnisse und immissionsschutzrechtlicher Genehmigungen,
- zur Kontrolle und Begutachtung technischer Anlagen hinsichtlich Emissionen und Immissionen,
- zur Überwachung von Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsanforderungen nach Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) und Arbeitszeitgesetz (ArbZG),
- zur Prüfung, Überwachung und Abnahme überwachungsbedürftiger Anlagen nach Gesetz über überwachungsbedürftige Anlagen (ÜAnlG) sowie von Anlagen gemäß Betriebssicherheitsverordnung (BetrSichV),
- zur Durchsetzung von Anordnungen, Auflagen und Sanktionen (z. B. Bußgeld- und Ordnungswidrigkeitenverfahren),

- zur Wahrnehmung von Auskunftspflichten und Informationspflichten gegenüber Behörden, Gerichten und der Öffentlichkeit,
- als Träger öffentlicher Belange in umwelt- und arbeitsschutzrechtlichen Verfahren Dritter,
- zur Bearbeitung von Beschwerden und Meldungen aus der Öffentlichkeit.

Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung sind insbesondere

- Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO (Wahrnehmung einer Aufgabe im öffentlichen Interesse),
- Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG),
- Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG),
- Arbeitszeitgesetz (ArbZG),
- Gesetz über überwachungsbedürftige Anlagen (ÜAnlG),
- Betriebssicherheitsverordnung (BetrSichV),
- Verwaltungsverfahrensgesetz Land Baden-Württemberg (LVwVfG),
- Umweltinformationsgesetz
- Umwelthaftungsgesetz
- Strafgesetzbuch
- Ordnungswidrigkeitengesetz.

Die personenbezogenen Daten können auch von Dritten (z.B. Beschwerdeführenden) übermittelt werden. Durch geografische Informationssysteme können ebenfalls personenbezogene Daten erhoben werden.

4. Kategorien personenbezogener Daten

- Stammdaten: Name, Anschrift, Geburtsdatum, ggf. Vertretungsberechtigte
- Kontaktdaten: Telefon, E-Mail
- Unternehmensdaten: Firma, Rechtsform, Betriebsstätte(n)
- Verfahrensdaten: Antragsunterlagen, technische Beschreibungen, Emissions-/Immissionswerte, Gutachten, Messdaten
- Bescheiddaten: Entscheidungen, Auflagen, Fristen
- Verfahrensbeteiligte: Betroffene, Zeugen, Sachverständige, Behörden

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

- Fachbehörden auf Kreis-, Regierungsbezirks- und Landesebene
- Kommunale Behörden (Städte, Gemeinden)
- Umwelt- und Naturschutzverbände
- Polizei, Staatsanwaltschaft, Gerichte
- Beauftragte Gutachter, Labore, Ingenieurbüros
- Sonstige Verfahrensbeteiligte (z. B. Beschwerdeführer, Anlieger)
- IT-Dienstleister (Rechenzentrum, Druck- und Versanddienstleister)

Eine Weitergabe an Dritte zu Werbezwecken findet nicht statt. Eine Übermittlung in Drittstaaten erfolgt nicht.

6. Speicherdauer

Die personenbezogenen Daten werden im Regelfall für die Dauer des Verfahrens und darüber hinaus für den Zeitraum aufbewahrt, der zur Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten erforderlich ist (bis zu 30 Jahre). Daten aus Immissionsschutzverfahren können darüber hinaus dauerhaft im Rahmen fortlaufender Überwachungs- und Berichtspflichten gespeichert werden.

7. Betroffenenrechte

Als betroffene Person haben Sie

- nach Art. 15 DSGVO das Recht auf Auskunft über Ihre verarbeiteten Daten,
- nach Art. 16 DSGVO das Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten,
- nach Art. 17 DSGVO das Recht auf Löschung,
- nach Art. 18 DSGVO das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung,
- nach Art. 20 DSGVO das Recht auf Datenübertragbarkeit,
- nach Art. 21 DSGVO das Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung (z. B. bei Verarbeitung auf Grundlage öffentlicher Interessen),
- das Recht auf Widerruf einer erteilten Einwilligung jederzeit.

Zur Wahrnehmung Ihrer Rechte wenden Sie sich bitte an die oben genannte verantwortliche Stelle oder den Datenschutzbeauftragten.

Unabhängig davon können Sie sich zudem bei der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Baden-Württemberg beschweren:

Postfach 10 29 32, 70025 Stuttgart

E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de

Stand: Januar 2026